A1 Grundwerte: Demokratie

Antragsteller*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

Antragstext

43 Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen
und auf Transparenz über
Einflussnahme – etwa durch Unternehmen,
Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu starker
Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer
Interessen untergräbt das Primat der Politik und muss eingegrenzt werden. Eine
demokratisch legitimierte Politik muss im Sinne des Gemeinwohls über
wirtschaftliche Rahmenbedingungen entscheiden, um die Eigenständigkeit
und Glaubwürdigkeit politischen Handelns zu sichern.

Begründung

Das Primat der Politik wird an anderer Stelle genannt. Hier sollte es auch erwähnt werden, weil ich nicht in einer marktkonformen, sondern mensch- und planetkonformen Demokratie leben will.

A2 Kapitel 1: Mobilität und Wohnen

Antragsteller*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

Antragstext

73 Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnen und Mobilität. Wohnen und Mobilität ermöglichen Freiheit und Teilhabe und sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie müssen sich an den menschlichen Bedürfnissen orientieren und zugleich die planetaren Grenzen wahren. Eine sozial-ökologische Wohnungspolitik garantiert jedem Menschen ein würdiges Zuhause innerhalb der planetaren Grenzen.
Eine
sozial-ökologische Mobilitätspolitik schafft die Verkehrswende und garantiert allen Menschen nachhaltige Mobilität.

Begründung

Wohnen bekommt nur einen Paragraph in dem Kapitel. Die soziale Komponente des Wohnens und das Recht auf Wohnen wird ausgeblendet.

A3 Kapitel 2: Sozial-Ökologische Marktwirtschaft

Antragsteller*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

Antragstext

95 Märkte können ein mächtiges Instrument für
ökonomische Effizienz, Innovation und technologischen
Fortschritt sein. Ihre Dynamik
und Schaffenskraft sind unverzichtbar, um die
großen Herausforderungen der ökologischen
Krisen zu bewältigen. Unregulierte Märkte aber
sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil.
Erst klare Regeln stellen sicher, dass Märkte
und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen
Interesse wirken. Es ist Aufgabe
des Staates diesen Rahmen demokratisch festzusetzen und zu kontrollieren.
Verständliche Produktinfomationen, Transparenz in den Lieferketten und starke
Verbraucher*innen-Rechte tragen außerdem zu einem aufgeklärten und
verantwortungsvollen Konsum bei.

Begründung

Hier wird zwar von Rahmen gesprochen, aber dann direkt auf die Verantwortung der Verbraucherinnen durch Konsumwahlfreiheiten gelegt. Der Rahmen wird aber erst durch den Staat festgelegt, und dann können Konsument*innen innerhalb des Rahmens wählen...

A4 Kapitel 2: Wirtschafts-und Industriepolitik

Antragsteller*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

Antragstext

(106) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu setzen. Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position als globaler Industriestandort wahren, mit nachhaltigen Wertschöpfungsketten, innovativen Produkten, guten Arbeitsplätzen und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen. Dazu braucht es eine aktive Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade da, wo der Markt das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in Forschung und Digitalisierung investieren und Arbeitsplätze sichern.

Begründung

statt nachhaltig und innovativ steht zweimal neu da...

A5 Kapitel 2: Haushalts-und Steuerpolitik

Antragsteller*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

Antragstext

(131) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen
und zu gesetzlichen Regeln für die
Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es,
nicht nur die Verbindlichkeiten zu betrachten,
sondern auch das Vermögen der öffentlichen
Hand zu erhalten und auszubauen. Es müssen Wege gefunden werden, wie auch das
soziale, das ökologische Vermögen einer Gesellschaft einen Wert zugesprochen
bekommt. Investitionen
in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern dieses Vermögen und damit
die Handlungsspielräume künftiger Generationen.
In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen
Investitionen an der Wirtschaftsleistung
auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen
Vermögens und die langfristige Sicherung
unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung
sinnvoll und pragmatisch geboten sein,
insbesondere wenn sie eine gute Rendite für den sozialen, ökologischen und
monetären Vermögensaufbau verspricht.

Begründung

Wir dürfen Vermögen nicht nur als Geld denken, sondern aus das sogenannte "Naturkapital" und "Sozialkapital" miteinbeziehen, nicht unbedingt, indem wir es monetarisieren, aber in dem wir ihm einen Wert zusprechen und in unsere demokratische Abwägung einbeziehen.

A6 Kapitel 3: Wissenschaft und Forschung

Antragsteller*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

Antragstext

(143) Gerade die freie, auf Neugier und Erkenntnis gerichtete Grundlagenforschung ist neben der Anwendungsforschung zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen ausreichend abzusichern. Wir brauchen eine Vielzahl von Alternativen und können angesichts der vielfältigen Krisen in der Welt keine Möglichkeit, sie zu bewältigen, von vornherein ausschließen. Entsprechend brauchen wir mehr und strukturell gut ausfinanzierte Grundlagenforschung innerhalb eines starken, weltoffenen und global vernetzten europäischen Forschungs- und Hochschulraums. Staatlich finanzierte Grundlagenforschung muss frei zugänglich sein.

Begründung

Es kann nicht sein, dass Erkenntnis privatisiert wird, wenn der Weg dahin steuerlich finanziert wurde. Das steht auch an anderer Stelle, sollte aber auch hier erwähnt werden.

A7 Kapitel 8: Handel

Antragsteller*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

Antragstext

(380) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit überlebensnotwendigen Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen globalen Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt produziert werden können. Eine Regionalisierung und der Lieferketten im Bereich der Daseinsvorsorge ist daher anzustreben.

Begründung

In (82) ist die Daseinsvorsorge für uns Grüne definiert. Finde ich gut. Hier sollten regionale(re) Lieferketten angestrebt werden.

A8 Kapitel 5: Rechtsstaat und Sicherheit

Antragsteller*in: Hannah (LAG Wirtschaft)

Antragstext

(258) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Grundrechtecharta ein starkes Fundament. Doch auch ein Fundament muss gepflegt und modernisiert werden. Die Verfassung definiert unser Gemeinwesen als wehrhafte Demokratie. Demokratie ist unsere Stärke und ihr konsequenter Schutz ist handlungsleitend. Daher soll das Fundament durch einen demokratisch erarbeiteten sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag gestärkt werden, in dem wir gemeinsam unser Verständnis von Wohlstand und Fortschritt definieren. Nur so können wir die gesellschaftliche Transformation, die uns bevorsteht demokratisch meistern.

Begründung

Ich wäre für die Erwähnung eines sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag. Hier und an anderer Stelle.

A9NEU Kapitel 2: Sozial-Ökologische Marktwirtschaft

Antragsteller*innen:

Antragstext

(101)
Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der Mobilität und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und Wettbewerb ausgenommen bleiben. Die Beschaffung des öffentlichen Sektors muss sich außerdem stärker an ökologischen und sozialen Faktoren orientieren, der niedrigste Preis genügt nicht als Entscheidungsgrundlage.

Begründung

Die öffentliche Beschaffung macht ~15% des deutschen BIPs sowie ~34% des öffentlichen Gesamthaushaltes aus. Dass hierbei auf den Preis geachtet wird, ist zweifelsfrei sinnvoll und im Interesse der Steuerzahler*innen, jedoch dürfen ökologische und soziale Faktoren nicht verdrängt werden. Der Staat sollte zum einen eine Vorbildsrolle gegenüber dem privaten Sektor einnehmen, zum anderen hätte ein Paradigmenwechsel aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens einen enormen ökologischen und sozialen Effekt.

A11 A 11: Kapitel 2: Finanzmärkte und Banken

Antragsteller*in: Lennart Kammann (LAG Wirtschaft RLP)

Antragstext

121: Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen, lokalen Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht eine effektive Aufsicht sowie einfache, glasklare Regeln ohne Lücken, die für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds, FinTechs oder andere Finanzdienstleister. Diese Aufsicht soll mit klaren Zuständigkeiten und weitreichenden Kompetenzen einen fairen und transparenten Finanzmarkt garantieren. Kleine Banken, von denen keine Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und beaufsichtigt werden wie Großbanken.

Begründung

1) Es ist wichtig hier auch andere Finanzdienstleister (z.B. Zahlungsabwickler wie Wirecard oder Kreditvermittler) zu erwähnen. Der Fall Wirecard hat gezeigt, dass Finanzunternehmen, die nicht explizit als Bank auftreten, nicht sinnvoll und umfassend von staatlichen Aufsichtsbehörden (BaFin) kontrolliert werden.

2) Neben "glasklaren Regeln" muss auch sichergestellt sein, dass die Zuständigkeiten geregelt sind und entsprechende Kompetenzen in der staatlichen Aufsicht gebündelt sind. Wie der Fall Wirecard gezeigt hat, waren im Fall der Bilanzfälschung bei der BaFin kaum Kompetenzen und Zugriffsrechte vorhanden. Konkret wurde der Fall Wirecard von der BaFin an die Prüfstelle für Rechnungslegung (privatrechtlicher Verein, der im Wesentlichen von der Industrie finanziert wird) gegeben und dort nur von einem (!) Mitarbeiter bearbeitet. Eine starke und kompetente staatliche Aufsicht ist essentiell um sichere, faire und transparente Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

A12 Kapitel 2: Finanzmärkte und Banken

Antragsteller*in: Lennart Kammann (LAG Wirtschaft RLP)

Antragstext

119: Finanzmärkte und Banken haben die Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu finanzieren und Sparer*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven Finanzprodukten zum Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum sogenannten „boring banking", bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und nicht die kurzfristige Spekulation. Dafür muss das Einlagen- und Kreditgeschäft vom riskanten Investmentbanking abgetrennt werden (Trennbankensystem). Zusätzlich müssen Investmentbanken stärker überwacht und einzelne Geschäftsfelder, die zu massiven Interessenskonflikten innerhalb einer Investmentbank führen, ausgegliedert werden. Es braucht einen Finanzmarkt, der sich an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt, statt ihm zu schaden.

Begründung

1) Das Wort "unproduktiv" passt nicht im Zusammenhang mit Finanzprodukten und ist unüblich. Man sollte es streichen oder durch "komplex" ersetzen, da eine Hauptursache der Finanzkrise die extreme Komplexität der Finanzprodukte war. Selbst große Spieler konnten nicht mehr verstehen, welche Finanzprodukte und Risiken sie zu welchem Zeitpunkt auf der Bilanz hielten.

2) Neben dem dringend notwendigen Trennbankensystem müssen große Investmentbanken weiter reguliert werden. Aktuell haben große Investmentbanken mehrere Geschäftsfelder: Handel mit Wertpapieren, Beratung von Unternehmen bei Fusionen und Übernahmen, Strukturierung von Kapitalmarkttransaktionen (also z.B. Börsengänge) und Research (also Bewertung von Aktien verschiedener Unternehmen mit Kauf- oder Verkaufsempfehlungen).

Dies führt zwangsläufig zu starken Interessenskonflikten innerhalb der Bank, wenn etwa die Researchabteilung eine Kaufempfehlung für eine Aktie auspricht, mit der sich die Investmentbank vorher selbst eingedeckt hat. Weitere Spannungsfelder entstehen, wenn die Investment Bank mit mehreren Unternehmen, die an einer Transaktion beteiligt sind (bspw. Käufer und Verkäufer), in anderen Geschäftsfeldern (z.B. Kapitalmarkttransaktionen) gleichzeitig eng zusammenarbeitet. Außerdem kann die Researchabteilung bewusst positiv über ein Unternehmen berichten für das die Investment Bank beispielsweise eine Kapitalerhöhung vorbereitet.

Daher müssen die einzelnen Geschäftsfelder einer Investment Bank getrennt und in einen beratenden Teil, einen eigenständig handelnden Teil und Research ausgegliedert werden. Investment Banken können für ihre Kunden gleich gute Transaktionsberatung liefern, ohne bspw. gleichzeitig Research über das Kundenunternehmen zu machen.

A13NEU Wirtschafts- und Industriepolitik

Antragsteller*innen:

Antragstext

Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem Wettbewerb. Darunter leiden viele an der Wertschöpfungskette beteiligten Unternehmen und letztendlich Menschen, deren Existenz aufs Spiel gesetzt wird.

Begründung

Originaltext: "Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem Wettbewerb. Darunter leiden ~~viele europäische Unternehmen~~."

Die genannten Probleme äußern sich nicht nur auf europäischer Ebene, sondern sind insbesondere für diejenigen am Anfang der Wertschöpfungskette (z.B. Lieferant*innen von Rohstoffen oder am Herstellungsprozess beteiligte Menschen von anderen Kontinenten) eine große Gefahr. Ein Beispiel für mangelnde Regulierung ist Kinderarbeit, die nach wie vor vielerorts ein gravierendes Problem ist. Außerdem führen Handelskriege und protektionistische Politik zwischen Industrienationen dazu, dass die schwächsten Partner*innen in der globalen Wirtschaft am meisten leiden und gefährdet werden. Ich sehe diese Textänderung außerdem als wertvolle Ergänzung zu einem Lieferkettengesetz, welches zusätzliche Standards definiert.

A14 Haushalts- und Steuerpolitik

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

Antragstext

(132) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften kommen nur dann in Betracht, wenn sich durch sie ein messbarer Mehrwert für die Gesellschaft ergibt, etwa durch geringe Kosten für Steuerzahler*innen, schnellere Umsetzung oder höhere Qualität.

Begründung

Originaltext: Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften kommen nur dann in Betracht, wenn sich durch sie ein ~~Mehrwert bzw. geringere Kosten für die Steuerzahler*innen ergeben.~~

Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPPs) auf ihre Vorteile für für Steuerzahler*innen zu reduzieren, halte ich für oberflächlich. Es gibt viele Bereiche, z.B. Schwimmbäder oder kommunale Brücken, bei denen der Nutzen für die gesamte Bevölkerung in der Region gesehen werden muss, nicht nur im Hinblick auf die Steuerlast der öffentlichen Finanzierung.

Private Projektträger haben oft Qualitäten, welche die öffentliche Hand nicht 1:1 abbilden kann; beispielsweise die personelle Qualifikation in spezifischen Branchen sowie wichtige Erfahrung im Projektmanagement. Großprojekte wie der Berliner Flughafen haben gezeigt, dass der Staat die eigenen Fähigkeiten in Infrastrukturprojekten überschätzt und somit nicht nur Geld, sondern auch Zeit verschwendet. Klare Verträge und Strafen bei Nichteinhaltung gegenüber privaten Partnern sind in der Regel zuverlässiger als eine alleinige Durchführung des Staates.